



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und Lagebericht

BESTÄTIGUNGSVERMERK

**GASCADE Gastransport GmbH
Kassel**

**KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Bilanz zum 31. Dezember 2024

A K T I V A	An- hang	GASCADE	
		Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR
A. Anlagevermögen	(C1.)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		22.784	27.196
II. Sachanlagen		2.204.448	2.155.451
III. Finanzanlagen		822	103
		2.228.054	2.182.750
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(C2.)		
Hilfs- und Betriebsstoffe		39.888	57.785
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(C3.)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		27.329	5.561
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		378	43.108
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		7.260	7.315
4. Sonstige Vermögensgegenstände		50.350	213.170
		85.317	269.154
III. Guthaben bei Kreditinstituten	(C4.)	13.548	12.914
		138.753	339.853
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.888	1.894
D. Aktive latente Steuern		32.468	31.437
		2.402.163	2.555.934

P A S S I V A	An- hang	GASCADE	
		Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR
A. Eigenkapital	(C5.)		
I. Gezeichnetes Kapital		75	75
II. Kapitalrücklage	(C6.)	637.683	637.683
		637.758	637.758
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		28.200	30.988
2. Steuerrückstellungen		325	667
3. Sonstige Rückstellungen	(C7.)	460.521	651.784
		489.046	683.439
C. Verbindlichkeiten	(C8.)		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		234	8.591
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.661	9.391
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1.257.525	1.196.564
4. Sonstige Verbindlichkeiten		14.715	20.135
		1.275.135	1.234.681
D. Rechnungsabgrenzungsposten		224	56
		2.402.163	2.555.934

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	An- hang	1.1.-31.12.2024 TEUR	1.1.-31.12.2023 TEUR
1. Umsatzerlöse	(1.)	718.395	578.555
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	(2.)	17.769	14.063
3. Sonstige betriebliche Erträge	(3.)	59.340	12.918
4. Materialaufwand	(4.)	308.526	239.988
5. Personalaufwand	(5.)	69.432	62.979
6. Abschreibungen	(6.)	143.355	123.349
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7.)	50.325	44.472
8. Ergebnis der Betriebstätigkeit		223.866	134.748
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(8.)	2.694	6.298
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(9.)	26.739	26.196
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(10.)	28.647	7.297
12. Ergebnis nach Steuern		171.174	107.553
13. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		171.174	107.553
14. Jahresüberschuss		0	0

Anhang für das Geschäftsjahr 2024

GASCADE Gastransport GmbH

Sitz der Gesellschaft: Kassel

Registergericht: Amtsgericht Kassel

Handelsregisternummer: HRB 13752

A. Allgemeine Hinweise

Der vorliegende Jahresabschluss der GASCADE Gastransport GmbH, Kassel (GASCADE), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 wurde gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. HGB nach den einschlägigen Vorschriften des GmbH-Gesetzes und des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung – Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften.

Die Gliederung der Bilanz erfolgt gemäß § 266 HGB. Die Aufgliederung der Bilanzposten erfolgt gemäß § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB im Anhang. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird erstmals gemäß § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit ist das Vorjahr entsprechend angepasst worden.

Die Gesellschaft ist ein Energieversorgungsunternehmen nach § 3 EnWG. Energieversorgungsunternehmen haben die Rechnungslegungs- und Offenlegungspflichten gemäß § 6b Abs. 1 EnWG zu beachten. Unternehmen, die zu einem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen (§ 3 Nr. 38 EnWG) verbunden sind, haben für die in § 6b Abs. 3 EnWG aufgeführten Tätigkeiten jeweils getrennte Konten zu führen sowie für die in § 6b Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 6 EnWG genannten Tätigkeitsbereiche eine gesonderte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss) aufzustellen.

Dabei sind die Konten so zu führen, wie dies erforderlich wäre, wenn diese Tätigkeiten von rechtlich selbstständigen Unternehmen ausgeführt würden. Die Führung der getrennten Konten wie auch die Tätigkeitsabschlüsse für die einzelnen Tätigkeitsbereiche unterliegen den Anforderungen des Handelsrechts.

Soweit eine direkte Zuordnung von Konten zu den einzelnen Tätigkeiten nicht möglich ist oder mit unververtretbarem Aufwand verbunden wäre, erfolgt die Zuordnung durch Schlüsselung der Konten nach § 6b Abs. 3 Satz 5 EnWG. Die Aufteilungsregeln, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Erträge und Aufwendungen den Tätigkeiten gemäß § 6b Abs. 3 EnWG in den gesonderten Tätigkeitsabschlüssen zugeordnet werden, sind einschließlich der Abschreibungsmethoden anzugeben. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einschließlich der Abschreibungsmethoden sind in der Folge aufgeführt.

Die gesonderten Tätigkeitsabschlüsse für die einzelnen Tätigkeitsbereiche sind dem Jahresabschluss beigelegt.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses sind im Wesentlichen die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden gegenüber dem Vorjahr unverändert fortgeführt.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die durchschnittlichen gewichteten Nutzungsdauern betragen für Software, Lizenzen sowie sonstige Rechte neun Jahre (im Vorjahr sieben Jahre). Software wird im Jahr nach der vollständigen Abschreibung als Abgang gezeigt.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und wird, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. In die Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten und durch die Fertigung veranlasste Abschreibungen einbezogen.

Das bewegliche und unbewegliche Anlagevermögen wird überwiegend linear abgeschrieben. Degressive Abschreibungen auf Zugänge vergangener Jahre werden fortgeführt. Bei degressiven Abschreibungen erfolgt ein planmäßiger Übergang auf lineare Abschreibungen, falls diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führen.

Die zu Grunde gelegten durchschnittlichen gewichteten Abschreibungsdauern betragen bei:

	1.1. - 31.12.2024 Jahre	1.1. - 31.12.2023 Jahre
Gebäuden und baulichen Betriebsvorrichtungen	23	23
Erdgasfernleitungen	24	24
Technischen Anlagen und Maschinen	13	13
Betriebs- und Geschäftsausstattungen und anderen Anlagen	6	6

Selbstständig nutzbare bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens, die der Abnutzung unterliegen und deren Anschaffungskosten bis EUR 800,00 betragen, werden unmittelbar in den Aufwand gebucht.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen wird außerplanmäßig abgeschrieben. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Bei den **Finanzanlagen** werden die Beteiligungen nach dem Grundsatz der Einzelbewertung zu Anschaffungskosten oder im Falle voraussichtlich dauernder Wertminderung zu niedrigeren

beizulegenden Werten angesetzt. Sonstige Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch außerplanmäßige Abschreibungen auf einen niedrigeren beizulegenden Wert Rechnung getragen. Entfallen die Gründe für die Wertminderung in den Folgejahren, so erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

Die Anschaffungskosten der **Hilfs- und Betriebsstoffe** werden überwiegend nach der Durchschnittsmethode bewertet. Als niedrigerer beizulegender Wert werden bei Hilfs- und Betriebsstoffen die Wiederbeschaffungskosten angesetzt.

Alle erkennbaren Risiken im **Vorratsvermögen** sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Für Ausfall- und Transferrisiken sowie allgemeine Kreditrisiken werden angemessene Abschreibungen und Wertberichtigungen zur Berücksichtigung niedrigerer beizulegender Werte vorgenommen.

Unentgeltlich zugeteilte **Emissionsrechte** werden mit einem Wert von null angesetzt. Die entgeltlich erworbenen Emissionsrechte werden mit den Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Stichtagskurs bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die einen Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem darstellen, gebildet.

Abgrenzung für aktive latente Steuern: Für temporär abweichende Wertansätze zwischen Handels- und Steuerbilanz werden aktive latente Steuern angesetzt, soweit sich ein Überhang an aktiven Unterschiedsbeträgen ergibt. Für die Ermittlung latenter Steuern aufgrund von temporären Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbelastung oder -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen zum Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst.

Im Berichtsjahr besteht eine unmittelbare ertragsteuerliche Organschaft der Gesellschaft zur W & G Transport Holding GmbH (WGTH). Da von der WGTH keine Körperschaftsteuerumlage erhoben wird, ist bei der Gesellschaft nur die Gewerbesteuer in Höhe von 14,316 % (im Vorjahr 14,000 %) bei den latenten Steuern einzubeziehen.

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden versicherungsmathematisch nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Die Bewertung der Verpflichtung erfolgt unter Zugrundelegung der im Jahr 2018 modifizierten Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie unter Berücksichtigung zukünftiger Gehaltssteigerungen und Rentenanpassungen. Für die Abzinsung wird der durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre der Deutschen

Bundesbank für eine Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Der Rechnungszins beträgt 1,90 % p.a. (im Vorjahr 1,82 % p.a.). Erwartete Gehaltssteigerungen werden mit 3,25 % p.a. (im Vorjahr 3,00 % p.a.), die Rentensteigerungen mit 2,30 % p.a. (im Vorjahr 2,30 % p.a.) berücksichtigt.

Zum 31. Dezember 2024 beträgt der Rückstellungsbetrag bei einer Bewertung auf Basis des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen zehn Jahre TEUR 28.200.

Der Rückstellungsbetrag bei einer Bewertung auf Basis des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Jahre beträgt TEUR 27.909 (bei einem Rechnungszins von 1,96 % p.a.).

Der ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von TEUR 291 stellt gemäß dem BMF-Schreiben vom 23. Dezember 2016 (IV C 2 – S 2770/16/10002) keine Abführungssperre dar.

Es bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen aus Versorgungszusagen über den Tarif 1 der BASF Pensionskasse VVaG. Die Art und Ausgestaltung der Versorgungszusagen erfolgte durch Beitragszahlung in beitragsorientierte Tarife der BASF Pensionskasse VVaG. Seit 1. August 2023 wurden keine weiteren Beiträge oder Umlagen geleistet. Diese Versorgungszusagen sind teilweise nicht durch entsprechendes Pensionsvermögen gedeckt. Die Quantifizierung des Fehlbetrags kann mangels Informationen nicht durchgeführt werden. Aufgrund Art. 28 Abs. 1 S. 2 EGHGB braucht eine Rückstellung hierfür nicht gebildet zu werden.

Die **Steuerrückstellungen** und **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d.h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen wurde auf der Grundlage von Annahmen über den Umfang sowie die Art und Weise des künftigen Leitungsrückbaus bzw. über eine Stilllegung und deren zeitlichen Anfall die betragsmäßige Höhe je Abschnitt des Transportnetzes geschätzt. Dabei wurden Kostenschätzungen von Lieferanten genutzt und der sich ergebende geschätzte Erfüllungsbetrag abgezinst.

Gemäß § 7 Abs. 1 Gesetz über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen - Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) ist die Gesellschaft dazu verpflichtet, bis zum 30. April des jeweiligen Folgejahres die Anzahl von Emissionsrechten an die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt abzugeben, welche den verursachten Emissionen entsprechen. Dieser Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsrechten wird durch die Dotierung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten für die bis zum Bilanzstichtag verursachten Emissionen Rechnung getragen. Die Rückstellungsbewertung erfolgt hierbei

mit dem Buchwert der im Bestand befindlichen bzw. mit dem Zeitwert der für die Verpflichtungserfüllung noch zu erwerbenden Emissionsrechte.

Mit Jahresbeginn 2021 startete in Deutschland, zusätzlich zum Europäischen Emissionshandel (European Union Emissions Trading System, EU ETS), das nationale Emissionshandelsystem (nEHS) gemäß Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG), mit dem die Bepreisung von CO₂-Emissionen eingeführt wird. Für jede Tonne CO₂, die bei der Verbrennung von Brennstoff freigesetzt werden kann, muss ein nationales Emissionszertifikat (nEZ) an die DEHSt abgegeben werden.

Rückstellungen für Jubiläen und Altersteilzeit werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung des Gehaltstrends in Höhe von 3,25 % p.a. (im Vorjahr 3,10 % p.a.) und des fristadäquaten Zinssatzes in Höhe von 1,96 % p.a. (im Vorjahr 1,75 % p.a.) nach § 253 Abs. 2 HGB bewertet.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

In Fremdwährung ausgewiesene **Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten** werden mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet.

Aus dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates zur Gewährleistung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen ergeben sich für die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024 keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen bis zum Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit diese Ertrag für einen bestimmten Zeitraum nach dem Bilanzstichtag darstellen.

C. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Es liegen keine außerplanmäßigen Abschreibungen im Anlagevermögen vor.

Die GASCADE hat im Geschäftsjahr 2024 bei der AquaDuctus Pipeline GmbH, Kassel (AQD), eine Kapitalerhöhung in Höhe von TEUR 1.500 (im Vorjahr TEUR 0) vorgenommen. Unter den Finanzanlagen wird eine 50,40%ige Beteiligung an der AQD ausgewiesen. Die übrigen 49,60 % werden zum Verkauf von Anteilen im Umlaufvermögen gehalten. Im Geschäftsjahr 2024 erwirtschaftete diese einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 0 (im Vorjahr einen Jahresfehlbetrag von TEUR 23). Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2024 TEUR 1.537 (im Vorjahr TEUR 37).

2. Vorräte

Der Erdgasbestand (Pipeline) in Höhe von TEUR 12.711 (im Vorjahr TEUR 18.799) sind aufgrund des niedrigeren Gasbestandes und des niedrigeren Gaspreises um TEUR 6.088 gesunken. Auf Grund des gestiegenen Wiederbeschaffungspreises zum 31. Dezember 2024 ist dieser zu Anschaffungskosten bilanziert worden.

Die unentgeltlich zugeteilten Emissionsrechte werden mit null angesetzt. Der Zeitwert der unentgeltlich zugeteilten Emissionsrechte beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 3.361 (EUR 69,96 je Stück). Die entgeltlich zugekauften Emissionsrechte betragen TEUR 2.441 (im Vorjahr TEUR 16.816). Der Rückgang resultiert aus deutlich geringeren CO₂-Emissionen, welche fahrweisenbedingt auf einen geringeren Verdichterbetrieb zurückzuführen sind.

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Lagermaterial	24.736	22.170
Erdgasbestand (Pipeline)	12.711	18.799
CO ₂ -Zertifikate	2.441	16.816
	<u>39.888</u>	<u>57.785</u>

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	27.329	5.561
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	378	43.108
- davon gegenüber Gesellschaftern	(0)	(42.397)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.260	7.315
Sonstige Vermögensgegenstände	50.350	213.170
	<u>85.317</u>	<u>269.154</u>

Alle Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. In den sonstigen Vermögensgegenständen sind TEUR 24.561 (im Vorjahr TEUR 12.633) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr enthalten.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um ausstehende Zahlungen für die Errichtung eines Netzanschlusses und aus der Vermarktung von Transportkapazitäten (Netzentgelte). Aufgrund offener Forderungen aus den Vorjahren gegen säumige Transportkunden wird eine Wertberichtigung in Höhe von TEUR 126.770 (Im Vorjahr TEUR 126.682) ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen gegen verbundene Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen gegen die SEFE Storage GmbH, Kassel (STO), in Höhe von TEUR 16 (im Vorjahr TEUR 0), SEFE Energy GmbH, Kassel (SEDE), in Höhe von TEUR 360 (im Vorjahr TEUR 0) sowie der SEFE Securing Energy for Europe GmbH, Berlin (SEFE), in Höhe von TEUR 2 (im Vorjahr TEUR 0).

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 7.260 (im Vorjahr TEUR 7.315). Diese Forderungen betreffen im Wesentlichen gezahlte Sicherheitsleistungen an die Trading Hub Europe GmbH, Düsseldorf (THE).

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen gem. § 21b EnWG aus regulatorischen Ansprüchen (einschl. Verzinsung) in Höhe von TEUR 29.405 (im Vorjahr TEUR 20.307), sonstige geleistete Anzahlungen in Höhe von TEUR 9.292 (im Vorjahr TEUR 2.695) und Umsatzsteuerforderungen gegenüber dem Finanzamt in Höhe von TEUR 9.576 (im Vorjahr TEUR 48.406).

4. Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von TEUR 13.548 (im Vorjahr TEUR 12.914) beinhalten eine bei der Commerzbank AG, Ludwigshafen am Rhein, hinterlegte Sicherheitsleistung mit Sperrvermerk in Höhe von TEUR 12.684 (im Vorjahr TEUR 12.684) gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern.

5. Eigenkapital

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Stammkapital	75	75
Kapitalrücklage	637.683	637.683
	<u>637.758</u>	<u>637.758</u>

6. Abführungssperre

In Höhe der aktiven latenten Steuern von TEUR 32.468 (im Vorjahr TEUR 31.437) ergibt sich gem. § 268 Abs. 8 HGB eine Gewinnabführungssperre.

Den abführungsgesperreten Beträgen stehen frei verfügbare Rücklagen in Höhe von TEUR 637.683 (im Vorjahr TEUR 637.683) gegenüber. Daher kann der gesamte Jahresüberschuss abgeführt werden.

7. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Rückbauverpflichtungen	286.378	273.703
Regulatorische Umsatzabgrenzungen	144.446	243.372
Ausstehende Rechnungen	15.373	105.149
Personalverpflichtungen	8.862	9.136
Übrige	5.462	20.424
	<u>460.521</u>	<u>651.784</u>

Die Rückstellung für Rückbauverpflichtungen betrifft den Teilrückbau des Gasfernleitungsnetzes. Der Anstieg resultiert aus dem Rückgang der Diskontierungzinssätze sowie aus der Aktivierung einer Anschlussleitung.

Im Berichtsjahr reduzierte sich die Rückstellung für das Regulierungskonto nach § 5 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) für erzielte Mehrerlöse aus Transportentgelten sowie aus Bio-gas- und Marktraumumstellungsumlage gemäß §§ 7 bis 10 KOV um TEUR 98.926. Der Rückgang resultiert neben der planmäßigen Rückgabe von Mehrerlösen an die Transportkunden aus der Verrechnung mit Mindererlösen aus der Kapazitätsvermarktung.

8. Verbindlichkeiten

in TEUR Art der Verbindlichkeit	31.12.2024			31.12.2023		
	Restlaufzeit bis 1J	>1J	gesamt	Restlaufzeit bis 1J	>1J	gesamt
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	234	0	234	8.591	0	8.591
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.661	0	2.661	9.391	0	9.391
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	857.525	400.000	1.257.525	32.566	1.163.998	1.196.564
- davon gegenüber Gesellschaftern	(854.839)	(400.000)	(1.254.839)	(32.553)	(1.163.998)	(1.196.551)
4. Sonstige Verbindlichkeiten	14.715	0	14.715	20.135	0	20.135
- davon aus Steuern	(880)	(0)	(880)	(851)	(0)	(851)
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind ungesichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr belaufen sich auf TEUR 857.525 (im Vorjahr TEUR 32.566). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Kassel (WIGA), in Höhe von TEUR 823.998 (im Vorjahr TEUR 0) sowie eine Verbindlichkeit aus der Gewinnabführung in Höhe von TEUR 11.174 (im Vorjahr TEUR 32.553).

Des Weiteren bestehen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der WIGA mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren in Höhe von TEUR 400.000 (im Vorjahr TEUR 400.000). Im Vorjahr bestanden Darlehensverbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von TEUR 763.988, diese haben zum 31. Dezember 2024 eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

9. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2024	31.12.2023
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Altersversorgung, Kredit-, Speicher-, Dienstleistungs-, Miet-, Pacht- und Strombeschaffungsverträge)	81.505	92.736
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(9.781)	(16.085)
Investitionsverpflichtungen (Wasserstoff-Kernetz: Neubaumaßnahmen, Flow Umstellung, NEP, LNGG, Anschlussleitungen, Büroneubau)	242.500	242.600

NEP: Netzentwicklungsplan

LNGG: Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen sind TEUR 92.274 (im Vorjahr TEUR 84.505) innerhalb eines Jahres fällig und TEUR 231.731 (im Vorjahr TEUR 250.831) fällig bis fünf Jahre.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

	1.1.- 31.12.2024 TEUR	1.1.- 31.12.2023 TEUR
Erlöse aus Kapazitätsvermarktung (Netzentgelte)	516.114	539.271
Sonstige betriebstypische Geschäfte	171.004	17.693
Dienstleistungen	24.940	17.191
Sonstiges	6.337	4.400
	<u>718.395</u>	<u>578.555</u>

Die Umsatzerlöse wurden vollständig in Deutschland erzielt.

Die Umsatzerlöse aus sonstigen betriebstypischen Geschäften resultieren überwiegend aus der Weiterbelastung der anteiligen Investitions- und Betriebskosten für das Projekt Europäische Gas-Anbindungsleitung (EUGAL) sowie auch für die Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL) und für die Offshore-Pipeline OAL an die Bruchteilsgemeinschaften.

2. Andere aktivierte Eigenleistungen

In den anderen aktivierten Eigenleistungen in Höhe von TEUR 17.769 (im Vorjahr TEUR 14.063) sind Leistungen für Erweiterungsprojekte der Verdichterstationen TEUR 6.499 (im Vorjahr TEUR 5.542), für die Planung der Umbaumaßnahmen der Erdgasleitung auf Wasserstoffleitung TEUR 2.646 (im Vorjahr TEUR 0) sowie für diverse weitere Projekte unter anderem IT TEUR 1.783 (im Vorjahr TEUR 842) und Gebäudebau TEUR 1.209 (im Vorjahr TEUR 0) enthalten.

3. Sonstige betriebliche Erträge

Die periodenfremden Erträge resultieren im Wesentlichen aus den Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 4.681 (im Vorjahr TEUR 2.002) sowie aus dem Abgang von Sachanlagevermögen in Höhe von TEUR 36 (im Vorjahr TEUR 996).

Des Weiteren beinhalteten die sonstigen betrieblichen Erträge auch Erträge aus der Fortschreibung und Bewertung regulatorischer Ansprüche in Höhe von TEUR 50.695 (im Vorjahr TEUR 0).

4. Materialaufwand

	1.1.- 31.12.2024 TEUR	1.1.- 31.12.2023 TEUR
Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	243.083	182.281
Aufwendungen für bezogene Leistungen	65.443	57.707
	<u>308.526</u>	<u>239.988</u>

Die Erhöhung der Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe resultiert überwiegend aus dem anteiligen Verkauf der OAL an einen weiteren Fernleitungsnetzbetreiber.

5. Personalaufwand

	1.1.- 31.12.2024 TEUR	1.1.- 31.12.2023 TEUR
Löhne und Gehälter	57.690	51.087
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.742	11.892
- davon für Altersversorgung	(3.651)	(4.565)
	<u>69.432</u>	<u>62.979</u>

6. Abschreibungen

	1.1.- 31.12.2024 TEUR	1.1.- 31.12.2023 TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.266	5.057
Bauten	3.629	3.741
Technische Anlagen und Maschinen	132.366	111.497
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.094	3.054
	<u>143.355</u>	<u>123.349</u>

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	1.1.- 31.12.2024 TEUR	1.1.- 31.12.2023 TEUR
Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen	9.055	10.765
Sonstige Betriebssteuern	7.843	11.311
Regulatorische Mindererlöse	6.459	2.984
Mieten und Pachten, Nebenkosten	6.466	4.973
Sonstige Verkehrskosten	3.552	2.832
Versicherungsbeiträge	3.491	2.766
Rechts- und Beratungskosten	3.057	2.420
Verluste aus Wertminderungen des Umlaufvermögens	2.005	830
Verluste aus Anlagenabgängen	1.694	21
Schadensaufwendungen	1.501	717
Fortbildungskosten	1.436	1.048
Beiträge	1.131	936
Übrige	2.635	2.869
	<u>50.325</u>	<u>44.472</u>

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

	1.1.- 31.12.2024 TEUR	1.1.- 31.12.2023 TEUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.694	6.298
- davon aus verbundenen Unternehmen	(1.629)	(4.792)
	<u>2.694</u>	<u>6.298</u>

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge betreffen im Wesentlichen mit TEUR 1.629 (im Vorjahr TEUR 4.792) Zinserträge aus dem Tagesgeldkonto bei der WIGA. Des Weiteren sind in Höhe von TEUR 408 (im Vorjahr TEUR 956) Zinserträge für Guthaben bei Kreditinstituten enthalten sowie die Verzinsung aus regulatorischen Ansprüchen auf dem Regulierungskonto mit TEUR 250 (im Vorjahr TEUR 550). Außerdem sind sonstige Zinsen in Höhe von TEUR 407 (im Vorjahr TEUR 0) aufgrund vertraglicher Vereinbarungen enthalten.

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	1.1.- 31.12.2024	1.1.- 31.12.2023
	TEUR	TEUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.739	26.196
- davon an verbundene Unternehmen	(20.816)	(21.997)
	<u>26.739</u>	<u>26.196</u>

Von den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen entfallen TEUR 5.027 (im Vorjahr TEUR 3.464) auf die Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen.

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	1.1.- 31.12.2024	1.1.- 31.12.2023
	TEUR	TEUR
Steuern vom Ertrag	28.647	7.297
- davon Gewerbesteuerumlage mit der WGTH	(29.648)	(16.191)
- davon latente Steuern	(-1.032)	(-8.888)
- davon Steuern Vorjahre	(31)	(-6)
	<u>28.647</u>	<u>7.297</u>

Die latenten Steuern aus temporären Abweichungen zwischen handels- und steuerbilanziellen Wertansätzen teilen sich auf folgende Posten auf:

Temporäre Differenzen	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen	-51.370	-46.511
Umlaufvermögen	4.831	3.872
Pensionsrückstellungen	14.412	17.649
Übrige Rückstellungen, Sonstiges	258.927	249.492
Gesamt	<u>226.800</u>	<u>224.502</u>

Latente Steuern werden mit einem Steuersatz von 14,316 % (im Vorjahr 14,000 %) im Inland angesetzt.

Organe

Mitglieder des Aufsichtsrats der GASCADE Gastransport GmbH

Mario Mehren, Vorsitzender (bis 30. August 2024)
Vorstandsvorsitzender der Wintershall Dea AG, Celle / Kassel

Dr. Christian Ohlms, Vorsitzender (ab 25. Oktober 2024)
Geschäftsführer der SEFE Securing Energy for Europe GmbH, Berlin

Dr. Egbert Laege, stellvertretender Vorsitzender
Geschäftsführer der SEFE Securing Energy for Europe GmbH, Berlin

Burkhard Genge (bis 30. August 2024)
Pensionär, Ehemaliger Sprecher der Geschäftsführung der WINGAS GmbH, Kassel, und ehemaliges Mitglied des Vorstandes der damaligen Wintershall Holding GmbH, Celle / Kassel

Margarita Hoffmann (bis 30. August 2024)
Vice President bei der Wintershall Dea AG, Celle / Kassel)

Dr. Jörg Kammerer
Direktor Recht der SEFE Securing Energy for Europe GmbH, Berlin

Otto Musilek (bis 24. Oktober 2024)
CEO der MEC Management-Energy-Consultancy, Wien, Österreich, ehemaliger Geschäftsführer der OMV Gas GmbH, Wien, Österreich

Kathrin Dufour (ab 25. Oktober 2024)
Executive Vice President der SEFE Securing Energy for Europe GmbH, Berlin

Lara Berdelmann (ab 11. Juli 2024)
*Informationssicherheitsbeauftragte / Informationstechnologie & Cybersicherheit
GASCADE Gastransport GmbH*

Hendrik Thöldtau (ab 11. Juli 2024)
Syndikusrechtsanwalt GASCADE Gastransport GmbH

Gesamtbezüge des Aufsichtsrates

Die Vergütungen des Aufsichtsrates betrugen für das Geschäftsjahr 2024 TEUR 72 (im Vorjahr TEUR 48).

Geschäftsführung

Dr. Christoph-Sweder von dem Bussche-Hünnefeld, Kassel, Diplom-Chemiker

Ulrich Benterbusch, Kassel, Diplom-Verwaltungswissenschaftler

Gesamtbezüge der Geschäftsführung

Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen im Berichtsjahr TEUR 1.402.

Mitarbeiter

Durchschnittliche Anzahl der während der letzten zwölf Monate beschäftigten Mitarbeiter/innen:

	1.1. - 31.12.2024	1.1. - 31.12.2023
Gesamtbelegschaft	559	516
- davon zeitlich befristet Beschäftigte	(55)	(48)
- davon Auszubildende	(7)	(4)

Mutterunternehmen

Die GASCADE ist zum 31. Dezember 2024 ein mittelbares Tochterunternehmen der SEEHG Securing Energy for Europe Holding GmbH, Berlin, (SEEHG) sowie ein unmittelbares Tochterunternehmen der WGTH. Die SEEHG stellt einen gesetzlichen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2024 für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Dieser wird im Unternehmensregister bekannt gemacht.

Das Jahresergebnis in Höhe von TEUR 171.174 wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages in voller Höhe an die WGTH abgeführt.

Die GASCADE ist von der Pflicht, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht, befreit, da sie nur ein Tochterunternehmen hat, das gemäß § 296 Abs. 2 Satz 1 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden muss.

Prüfungs- und Beratungsgebühren

Das für das Geschäftsjahr vereinbarte Honorar des Abschlussprüfers beträgt TEUR 228 (im Vorjahr TEUR 208) und beinhaltet wie im Vorjahr ausschließlich Honorare für Abschlussprüfungsleistungen.

Angaben gem. § 6b Abs. 2 EnWG

Das mittelbare Mutterunternehmen WIGA hat zur Finanzierung der Aktivitäten im Erdgastransport im Jahr 2020 eine langfristige Kreditlinie in Höhe von EUR 1.600 Mio mit einem internationalen Bankenkonsortium abgeschlossen. Die Finanzierung valutiert zum Bilanzstichtag mit EUR 1.400 Mio. Hierüber wird unter anderem die GASCADE finanziert.

Seit 3. April 2020 bestehen mit der WIGA zwei Verträge über revolvingierende Kredite mit einer Laufzeit bis zum 31. Mai 2025 und ein Vertrag über revolvingierende Kredite mit einer Laufzeit bis zum 31. Mai 2030. Das mit WIGA vereinbarte Kreditvolumen beläuft sich auf EUR 1.354 Mio, wovon EUR 954 Mio eine Laufzeit bis 31. Mai 2025 aufweisen, das Kreditvolumen des zehnjährigen Vertrages beträgt EUR 400 Mio. Die genannten Kreditverträge sind alle mit einem fixen Zinssatz versehen. Im Januar 2025 erfolgte eine Refinanzierung. Ergänzend verweisen wir auf den nachfolgenden Abschnitt „Nachtragsbericht“

Zur Optimierung der Geldanlagen besteht seit dem 16. Juni 2023 ein Cash-Management-Vertrag mit der WIGA.

Mit Datum vom 12. Juli 2022 wurde mit der AQD ein Cash-Management-Vertrag geschlossen, der die Einbeziehung der AQD in den Cash Pool der GASCADE beinhaltet. Die Vereinbarung umfasst eine Kreditlinie von TEUR 200. Zum 31. Dezember 2024 wurde die Kreditlinie nicht in Anspruch genommen.

Darüber hinaus bestehen weitere Dienstleistungsverträge gegenüber verbundenen Unternehmen. Die Dienstleistungserlöse in Höhe von TEUR 11.051 (im Vorjahr TEUR 9.938) sowie die Dienstleistungskosten in Höhe von TEUR 138 (im Vorjahr TEUR 163) betreffen NGT. Des Weiteren bestehen Dienstleistungserlöse in Höhe von TEUR 16 (im Vorjahr TEUR 16) mit der AQD.

Nachtragsbericht

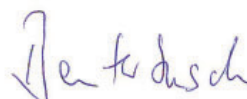
Mit dem vollständigen Anteilserwerb der SEFE an WIGA hat diese die bestehende Finanzierung der WIGA mit einem Bankenkonsortium im Januar 2025 abgelöst und die externe Finanzierungsfunktion für das in der SEFE-Gruppe gebündelte Gastransportgeschäft übernommen. Die mit der WIGA seit April 2020 bestehenden und im Mai 2025 fälligen Kreditverträge wurden somit frühzeitig im Januar 2025 refinanziert und das bisherige revolvingende Kreditvolumen von insgesamt TEUR 953.998 wurde auf TEUR 1.335.000 mit Laufzeit bis 30. Mai 2030 ausgeweitet. Des Weiteren besteht seit 2020 mit der WIGA ein revolvingender Kreditvertrag mit einem Volumen von TEUR 400.000 mit einer Laufzeit bis zum 30. Mai 2030.

Kassel, den 24. Februar 2025

GASCADE Gastransport GmbH



von dem Bussche-Hunnefeld



Benterbusch

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
	Stand am 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12.2024
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Rechte	45.724	757	6.035	572	41.018
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.760	1.812	0	- 3.279	2.293
	49.484	2.569	6.035	- 2.707	43.311
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksähnliche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	171.595	575	125	341	172.386
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.227.344	27.905	4.722	411.996	5.662.523
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.782	2.892	2.645	842	30.871
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	506.709	156.163	0	- 410.472	252.400
	5.935.430	187.535	7.492	2.707	6.118.180
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75	1.500	781	0	794
2. Beteiligungen	27	0	0	0	27
3. Sonstige Ausleihungen	1	0	0	0	1
	103	1.500	781	0	822
Anlagevermögen insgesamt	5.985.017	191.604	14.308	0	6.162.313

Abschreibungen					Nettobuchwerte	
Stand am 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2023
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
22.288	4.266	6.027	0	20.527	20.491	23.436
0	0	0	0	0	2.293	3.760
22.288	4.266	6.027	0	20.527	22.784	27.196
76.556	3.629	119	0	80.066	92.320	95.039
3.682.943	132.366	2.376	236	3.812.697	1.849.826	1.544.401
20.480	3.094	2.605	0	20.969	9.902	9.302
0	0	0	0	0	252.400	506.709
3.779.979	139.089	5.100	236	3.913.732	2.204.448	2.155.451
0	0	0	0	0	794	75
0	0	0	0	0	27	27
0	0	0	0	0	1	1
0	0	0	0	0	822	103
3.802.267	143.355	11.127	236	3.934.259	2.228.054	2.182.750

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Die GASCADE Gastransport GmbH, Kassel (GASCADE), ist zum Bilanzstichtag ein 100 %iges Tochterunternehmen der W & G Transport Holding GmbH, Kassel (WGTH).

Nach Erhalt aller Genehmigungen durch die Europäische Kommission wurden am 30. August 2024 die bis dahin von Wintershall Dea AG, Kassel, gehaltenen Anteile (50,02 %) am WGTH-Mutterunternehmen WIGA Transport Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Kassel (WIGA), durch SEFE Securing Energy for Europe GmbH, Berlin (SEFE), erworben. SEFE, ein Unternehmen des Bundes, ist damit indirekt die Alleingesellschafterin von GASCADE.

Als unabhängiger Transportnetzbetreiber greifen wir auf ein zentral gesteuertes Pipelinesystem zurück, das auf höchsten technischen Standards basiert und kontinuierlich weiterentwickelt wird. Gegenstand der Gesellschaft ist die Beförderung von Gasen, insbesondere der Betrieb eines rund 3.760 km langen Ferngasleitungsnetzes in Deutschland sowie die Errichtung und der Betrieb hierzu erforderlicher Anlagen.

GASCADE vermarktet diskriminierungsfrei Kapazitätsnutzungsrechte an Transportkunden und bietet diesen umfassende Transportdienstleistungen an. Wir sorgen dafür, dass die von uns transportierten Gase – aktuell Erdgas und zukünftig auch Wasserstoff – dorthin gelangen, wo sie benötigt werden. Unsere zentral gelegene Transportinfrastruktur trägt damit zur sicheren Versorgung in Deutschland und Europa bei. Zudem erbringen wir energiewirtschaftliche und kaufmännische Dienstleistungen an Schwester- und Tochtergesellschaften sowie Dritte.

Hintergrund für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind die Maßgaben des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG), insbesondere in Bezug auf die notwendige Trennung der Netzbetriebsaktivitäten von sonstigen Aktivitäten integrierter Energieversorgungsunternehmen.

Wirtschaftsbericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Nach vorläufiger Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. (AGEB) ist der deutsche Erdgasverbrauch 2024 gegenüber dem Vorjahr um gut drei Prozent gestiegen. Der Anstieg wird auf ein gegenüber dem Vorjahr niedrigeres Preisniveau zurückgeführt. Sowohl die

energieintensive Industrie als auch Haushalte und Verbraucher aus Gewerbe, Handel und Dienstleistungen hätten im Berichtsjahr mehr Gas verbraucht. Der Einsatz von Erdgas für die Strom- beziehungsweise Fernwärmeerzeugung sei ebenfalls leicht gestiegen. Aus Sicht der AGEB hat sich der Energieträger Erdgas als wettbewerbsfähig erwiesen.

Die deutsche Energiewirtschaft arbeitet seit 2022 mit Hochdruck an einer Diversifizierung der Bezugsquellen für Gas, um frühere Energieimporte aus Russland sicher zu ersetzen. Dazu sind und werden an der deutschen Nord- beziehungsweise Ostseeküste schwimmende oder feste Terminals errichtet, um regasifiziertes Liquified Natural Gas (LNG) in das deutsche Gasnetz einzuspeisen. Zu den größten LNG-Anbietern zählen die USA, Katar und Australien. Die Lage an den internationalen Gasmärkten hat sich im Vergleich zum Vorjahr entspannt, zeigt sich jedoch immer wieder sensibel. Das äußert sich in volatilen, teils sprunghaft entwickelnden Handelspreisen. Die Infrastruktur für Gastransporte steht seit 2022 unter der Belastung der umgekehrten Importflüsse von Westen nach Osten. Vor dem Hintergrund einer stärkeren Diversifizierung der Versorgungsquellen und veränderter Gasflussrichtungen im europäischen Binnenmarkt wird dem gut integrierten Fernleitungsnetz der GASCADE eine wichtige Rolle beim Transport von Gas und perspektivisch auch Wasserstoff zukommen.

Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz – LNGG) hat die Bundesregierung im Mai 2022 die Rahmenbedingungen für einen zeitnahen Bau von Anlagen zur Regasifizierung verflüssigten Erdgases und deren Einbindung in das bestehende deutsche Fernleitungsnetz geschaffen. Mit Änderung des LNGG vom Juli 2023 sieht das Gesetz zusätzlich auch eine Verbindungsleitung zwischen einem neu aufgenommenen Floating Storage and Regasification Unit (FSRU) im Hafen Mukran auf Rügen und dem deutschen Fernleitungsnetz in Lubmin – die rund 50 Kilometer lange Ostsee-Anbindungsleitung (OAL) – vor.

Da mit den Ferngasleitungen EUGAL und OPAL in Lubmin substanzielle Transportkapazitäten bereitgestellt werden, um Gas von der deutschen Küste im Nordosten zu den Verbrauchschwerpunkten in Deutschland sowie in Mittel- und Südosteuropa zu transportieren, stärkt die OAL kurzfristig die Versorgungssicherheit und macht die Gasversorgung insgesamt widerstandsfähiger für mögliche Krisenfälle. Als regulierter Fernleitungsnetzbetreiber war GASCADE verpflichtet, die FSRU im Hafen Mukran an das deutsche Gasnetz anzuschließen. Der Start des kommerziellen Betriebs der OAL ist Anfang März 2024 erfolgt. In der Zukunft kann die OAL auf den Transport von Wasserstoff umgestellt und über den Einspeisepunkt in Mukran perspektivisch Wasserstoff eingespeist werden. Am 5. April 2024 hat der in Düsseldorf ansässige Fernleitungsnetzbetreiber Fluxys Deutschland GmbH (Fluxys) einen Anteil von 25 Prozent an der OAL erworben und vermarktet die damit verbundenen Transportkapazitäten eigenständig.

Die zuverlässige Erdgasversorgung für alle Kunden stellen wir auch mit der Umsetzung weiterer Ausbaumaßnahmen aus dem Netzentwicklungsplan Gas sicher. So hat beispielsweise das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Clausthal-Zellerfeld GASCADE im Mai 2024 den Planfeststellungsbeschluss für die Verdichterstation Rehden 2 überreicht. Die zusätzliche Verdichterleistung soll ab Ende 2026 bereitstehen und ist insbesondere deshalb

erforderlich, um zusätzliches Erdgas in die Nordeuropäische Erdgasleitung (NEL) einzuspeisen und nach Ostdeutschland in Richtung Lubmin transportieren zu können.

Das Geschäftsjahr 2024 war durch einen weitgehend stabilen Regulierungsrahmen für den Erdgastransport geprägt. Seit 2010 gelten für GASCADE die Rahmenbedingungen nach der Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze (Anreizregulierungsverordnung – ARegV). Danach legt die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) kostenbasierte Erlösobergrenzen für den Gastransport fest und begrenzt hierdurch die in diesem Bereich erzielbaren Erlöse. Seit dem 5. Februar 2013 ist GASCADE als „Unabhängiger Transportnetzbetreiber“ gemäß § 4a Abs. 1 EnWG von der BNetzA zertifiziert.

Die BNetzA hat mit der Veröffentlichung des Eckpunktepapiers NEST („Netze. Effizient. Sicher. Transparent.“) den ersten Schritt zur Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 2. September 2021 (C-718/18) gemacht. Grundlegend ist geplant, das Regulierungssystem für Investoren transparenter zu gestalten. Das Papier beschreibt und begründet das Regulierungssystem in seinen wichtigsten Formen. Zu den wichtigsten Merkmalen gehören beispielsweise die Länge des Regulierungszeitraums, die Vereinfachung der regulierten Zinssätze und die Analyse der Notwendigkeit und Gestaltung eines Effizienz-Benchmarkings sowie eines Produktivitätsfaktors. Erste Festlegungsentwürfe werden im ersten Quartal 2025 erwartet.

Klimafreundlich, zuverlässig, unabhängig – so sieht die Vision für das Energiesystem von morgen aus. Im Einklang mit der europäischen Energiepolitik und der Genehmigung des gemeinsamen Antrags der Fernleitungsnetzbetreiber für ein deutsches Wasserstoff-Kernnetz durch die BNetzA am 22. Oktober 2024 strebt GASCADE die Entwicklung von Importkorridoren in der Nord- und Ostseeregion für Deutschland und Europa an. Dies soll durch die Umstellung bestehender Erdgasleitungen oder den Bau neuer Leitungen zum Transport von Wasserstoff zu den großen Verbrauchszentren erreicht werden. Ziel ist es, internationale Wasserstoff-Märkte miteinander zu verknüpfen und der Industrie in Europa Bezugsmöglichkeiten für große Mengen Wasserstoff zu eröffnen. Die Anbindung an internationale Importrouten, Wasserstoff-Speicher sowie weitere Großprojekte im Bereich Wasserstoff-Transport schaffen zusätzliche Versorgungssicherheit.

Die ersten großvolumigen Transportkapazitäten für Wasserstoff von der Ostseeküste nach Sachsen-Anhalt sollen dem Markt im Rahmen des GASCADE-Programms „Flow – making hydrogen happen“ noch in 2025 zur Verfügung gestellt werden. Um das Potenzial der Offshore-Wasserstoff-Produktion zu nutzen und Transportleitungen der Anrainerstaaten in der Nordsee anzubinden, treibt das 100%ige Tochterunternehmen der GASCADE, die AquaDuctus Pipeline GmbH, zudem die Planung der Offshore-Pipeline AquaDuctus voran. Neben diesen beiden Großprojekten wird GASCADE weitere deutsche Regionen mit Infrastruktur für Wasserstoff erschließen und damit den Aufbau der Wasserstoff-Wirtschaft maßgeblich unterstützen.

Das Projekt AquaDuctus hat am 15. Februar 2024 von der Europäischen Kommission die beihilferechtliche Genehmigung im Rahmen des „Important Projects of Common Interest“ (IPCEI)-

Wasserstoffs erhalten. Der als IPCEI notifizierte erste Projektabschnitt von AquaDuctus sieht den Bau einer circa 200 Kilometer langen Offshore-Pipeline sowie einer circa 100 Kilometer langen Onshore-Pipeline vor, deren Transportkapazitäten insbesondere für den geplanten Wasserstoff-Windpark SEN-1¹ ab 2030 bereitstehen sollen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat für AquaDuctus am 15. Juli 2024 zunächst den vorzeitigen Maßnahmenbeginn im Rahmen der sogenannten Hy2Infra-Welle übergeben, dem im Dezember 2024 der Förderbescheid folgte. Seit November 2023 besitzt AquaDuctus zudem den Status eines „Projects of Common Interest“ (PCI). Die AquaDuctus Pipeline GmbH, Kassel, verantwortet die Planung und Errichtung sowie den späteren Betrieb der Offshore-Pipeline.

Als einer der ersten deutschen Netzbetreiber ist GASCADE seit dem 19. Dezember 2023 vom Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) hinsichtlich der technischen Sicherheit als „Wasserstoff-ready“ zertifiziert worden und hat damit bereits seit 2023 eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, um künftig als Wasserstoff-Transporteur agieren zu können. Eine Zertifizierung als Wasserstoff-Netzbetreiber wird angestrebt, sobald der rechtliche Rahmen dafür geschaffen ist. Um dies zu erreichen, muss EU-Recht, das 2024 in Kraft getreten ist, durch eine Änderung des EnWG zunächst in nationales Recht überführt werden.

Die künftigen Betreiber von Wasserstoff-Fernleitungsnetzen in der EU, darunter GASCADE, haben einen wichtigen Schritt zur Entwicklung eines gesamteuropäischen Wasserstofftransportnetzes unternommen. Am 11. Dezember 2024 gründeten sie die Initiative „Pre-ENNOH“, die voraussichtlich Ende 2025 in den neuen europäischen Verband European Network of Network Operators for Hydrogen (ENNOH) überführt werden wird. Auf Basis der Verordnung (EU) 2024/17892 werden die künftigen Wasserstoff-Fernleitungsnetzbetreiber die Arbeit von ENNOH intensiv vorantreiben. Die Hauptaufgabe von ENNOH besteht darin, die Entwicklung und das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes für Wasserstoff und den grenzüberschreitenden Handel zu fördern. Erster Präsident des neuen Verbandes ist GASCADE-Geschäftsführer Dr. Christoph von dem Bussche-Hünnefeld.

Im Berichtsjahr ist der vierte Oil & Gas Methane Partnership 2.0 (OGMP2.0)-Bericht veröffentlicht worden, der darüber informiert, wie erfolgreich die Unternehmen der Öl- und Gaswirtschaft bei der Erfassung und Reduzierung ihrer Emissionen sind. Auch GASCADE hat inzwischen vier Berichte vorgelegt und wiederum den Goldstatus erhalten, der bestätigt, dass allen Berichtsanforderungen entsprochen und mit dem geforderten Genauigkeitslevel berichtet wurde.

Operativer Geschäftsverlauf

Die von GASCADE angebotenen Dienstleistungen wurden im Berichtszeitraum von 121 Transportkunden in Anspruch genommen (im Vorjahr 115 Transportkunden), die rund 288 Mrd. kWh in das Leitungsnetz der GASCADE eingespeist haben (im Vorjahr 259 Mrd. kWh).

¹ Eine Fläche von etwa 100 km² in der Ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee für die Produktion von grünem Wasserstoff.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Als Kennzahl zur Messung des wirtschaftlichen Erfolgs und zur Steuerung des operativen Geschäfts wird das handelsrechtliche EBIT (Earnings Before Interest and Taxes; Ergebnis der Betriebstätigkeit) verwendet.

Das EBIT liegt im Berichtszeitraum deutlich über der Prognose des Vorjahres. Die Ergebnisverbesserung resultiert aus einem zusätzlichen Erlösobergrenzenanspruch aus dem Kapitalkostenaufschlag, geringeren Kosten für Wartung und Instandhaltung sowie niedrigeren Abschreibungen.

	1.1.-31.12.2024	1.1.-31.12.2023
	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	718.395	578.555
Andere aktivierte Eigenleistungen	17.769	14.063
Sonstige betriebliche Erträge	59.340	12.918
Materialaufwand	308.526	239.988
Personalaufwand	69.432	62.979
Abschreibungen	143.355	123.349
Sonstige betriebliche Aufwendungen	50.325	44.472
Ergebnis der Betriebstätigkeit	223.866	134.748
Finanzergebnis	- 24.045	- 19.898
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	28.647	7.297
Ergebnis nach Steuern	171.174	107.553

Im Geschäftsjahr 2024 belaufen sich die Umsatzerlöse der GASCADE auf TEUR 718.395 (im Vorjahr TEUR 578.555). Sie beinhalten neben den Erlösen aus der Vermarktung von Transportkapazitäten, inklusive erhöhter AMELIE-Ausgleichszahlung aufgrund einer geringeren Vermarktung an den östlichen Einspeisepunkten, im Wesentlichen auch TEUR 24.940 (im Vorjahr TEUR 17.191) aus der Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere aus Betriebsführungsverträgen, sowie TEUR 171.004 (im Vorjahr TEUR 17.693) aus sonstigen betriebstypischen Geschäften und TEUR 6.337 sonstige Umsatzerlöse (im Vorjahr TEUR 4.400).

Der Rückgang der Umsatzerlöse aus der Vermarktung von Transportkapazitäten um TEUR 23.157 ist insbesondere auf Mindererlöse aus der Kapazitätsvermarktung zurückzuführen.

Der Anstieg der Umsatzerlöse aus sonstigen betriebstypischen Geschäften ist insbesondere auf die Veräußerung des 25-prozentigen Anteils der OAL an die Fluxys zurückzuführen. Die Dienstleistungserlöse aus den Betriebsführungsverträgen stiegen gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Weiterbelastungen an die BTG-Partner und die NEL Gastransport GmbH, Kassel.

Die sonstigen Umsatzerlöse, insbesondere aus den am Leitungsnetz angeschlossenen Biogasanlagen, liegen auf Grund höherer Wälzungsbeträge über dem Niveau des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen TEUR 59.340 (im Vorjahr TEUR 12.918). In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Berichtsjahr insbesondere regulatorische Ansprüche gemäß § 21b EnWG in Höhe von TEUR 50.695 (im Vorjahr TEUR 0) aus Mindererlösen aus der Kapazitätsvermarktung erfasst.

Der Materialaufwand im Berichtsjahr beträgt TEUR 308.526 (im Vorjahr TEUR 239.988). Die Steigerung resultiert insbesondere aus den anteiligen, an Fluxys weiterbelasteten Herstellungskosten für den Bau der OAL in Höhe von TEUR 131.033 (im Vorjahr TEUR 0). Gegenläufig sanken die Energiekosten insbesondere für den Betrieb der Verdichterstationen mengen- und preisbedingt auf TEUR 41.467 (im Vorjahr TEUR 125.615).

Der Personalaufwand stieg im Wesentlichen auf Grund des Zuwachses an Mitarbeitenden auf TEUR 69.432 (im Vorjahr TEUR 62.979).

Durch die Inbetriebnahme der OAL erhöhten sich die planmäßigen Abschreibungen auf TEUR 143.355 (im Vorjahr TEUR 123.349).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen TEUR 50.325 (im Vorjahr TEUR 44.472). Der Anstieg resultiert insbesondere aus der Ausbuchung eines Teilbetrags des regulatorischen Anspruchs gemäß § 21b EnWG in Höhe von TEUR 6.459 (im Vorjahr TEUR 2.984).

Das Finanzergebnis verschlechterte sich aufgrund einer höheren Darlehensinanspruchnahme bei der WIGA auf TEUR -24.045 (im Vorjahr TEUR -19.898).

Die Ertragsteueraufwendungen in Höhe von TEUR 28.647 resultieren aus der Gewerbesteuerumlage aufgrund der mit der WGTH bestehenden unmittelbaren gewerbesteuerlichen Organschaft in Höhe von TEUR 29.648, aus latenten Steuererträgen in Höhe von TEUR 1.032 und Steueraufwendungen aus Vorjahren in Höhe von TEUR 31. Der Rückgang resultiert aus dem rückläufigen Ergebnis und einmaligen latenten Steuererträgen im Zusammenhang mit dem Übergang der OPAL.

Das Ergebnis nach Ertragsteuern vor Gewinnabführung in Höhe von TEUR 171.174 wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages in voller Höhe an WGTH abgeführt.

Vom abzuführenden Gewinn wurde bereits im Dezember 2024 eine Vorababführung des voraussichtlichen Jahresergebnisses in Höhe von TEUR 160.000 gemäß Aufsichtsratsbeschluss der GASCADE vom 11. Dezember 2024 geleistet.

Vermögenslage

A k t i v a	31.12.2024 TEUR	31.12.2023 TEUR
A. Anlagevermögen	2.228.054	2.182.750
B. Umlaufvermögen	138.753	339.853
I. Vorräte	39.888	57.785
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	27.329	5.561
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	378	43.108
3. Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.260	7.315
4. Sonstige Vermögensgegenstände	50.350	213.170
III. Guthaben bei Kreditinstituten	13.548	12.914
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.888	1.894
D. Aktive latente Steuern	32.468	31.437
	2.402.163	2.555.934

P a s s i v a	31.12.2024 TEUR	31.12.2023 TEUR
A. Eigenkapital	637.758	637.758
B. Rückstellungen	489.046	683.439
C. Verbindlichkeiten	1.275.135	1.234.681
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	234	8.591
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.661	9.391
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.257.525	1.196.564
4. Sonstige Verbindlichkeiten	14.715	20.135
D. Rechnungsabgrenzungsposten	224	56
	2.402.163	2.555.934

Aktiva

Das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 2.228.054 (im Vorjahr TEUR 2.182.750) besteht insbesondere aus dem Fernleitungsnetz und den Verdichterstationen. Im Berichtsjahr stehen den Abschreibungen in Höhe von TEUR 143.355 und Anlagenabgängen von TEUR 3.181 Anlagenzugänge in Höhe von TEUR 191.604 und Zuschreibungen (TEUR 236) gegenüber, die insbesondere dem Bau der OAL und Projekten aus den Netzentwicklungsplänen zuzurechnen sind.

Die Vorräte belaufen sich zum 31. Dezember 2024 auf TEUR 39.888 (im Vorjahr TEUR 57.785). Davon entfallen TEUR 24.736 auf Magazinmaterial (im Vorjahr TEUR 22.835) und TEUR 12.711 auf den Gasbestand in Pipelines (im Vorjahr TEUR 18.134). Der Rückgang beim Arbeitsgasbestand ist überwiegend preisbedingt. Zugekaufte Emissionsrechte sind in Höhe von TEUR 2.441 (im Vorjahr TEUR 16.816) ausgewiesen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 27.329 (im Vorjahr TEUR 5.561) beruhen, neben Forderungen aus noch nicht zur Zahlung fälligen Kapazitätsrechnungen, überwiegend auf weiterbelasteten Kosten für die Errichtung von Netzanschlüssen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen belaufen sich zum 31. Dezember 2024 auf TEUR 378 (im Vorjahr TEUR 43.108) und bestehen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 378 (im Vorjahr TEUR 60). Im Vorjahr bestanden noch eine Tagesgeldanlage bei der WIGA in Höhe von TEUR 42.374, welche durch erhöhte Lieferantenzahlungen im Berichtsjahr aufgelöst wurde, sowie sonstige finanzbedingte Forderungen gegen die WGTH in Höhe von TEUR 624 und sonstige operative Forderungen in Höhe von TEUR 50.

Die sonstigen Vermögensgegenstände reduzierten sich auf TEUR 50.350 (im Vorjahr TEUR 213.170). Der Rückgang ist insbesondere auf den im Vorjahr ausgewiesenen Anteil von Investitionen für Dritte für den Bau der OAL in Höhe von TEUR 135.238 zurückzuführen, der im Berichtsjahr auf den Bruchteilseigentümer übertragen wurde. Gegenläufig stiegen die Forderungen gemäß § 21b EnWG aus regulatorischen Ansprüchen auf Basis der Aktivierung von Mindererlösen aus der Kapazitätsvermarktung auf TEUR 29.405 (im Vorjahr TEUR 20.307).

Passiva

Bei den Rückstellungen in Höhe von TEUR 489.046 (im Vorjahr TEUR 683.439) handelt es sich neben den Pensionsverpflichtungen von TEUR 28.200 (im Vorjahr TEUR 30.988) in erster Linie um sonstige Rückstellungen in Höhe von TEUR 460.521 (im Vorjahr TEUR 651.784).

Davon entfallen TEUR 286.378 (im Vorjahr TEUR 273.703) auf die Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen.

Zum Stichtag beträgt die Rückstellung für das Regulierungskonto nach § 5 ARegV nach der Aufzinsung TEUR 144.446 (im Vorjahr TEUR 243.372). Der Rückgang resultiert neben der

planmäßigen Rückgabe von Mehrerlösen an die Transportkunden auch aus der Verrechnung mit Mindererlösen aus der Kapazitätsvermarktung.

Außerdem sind in diesem Posten Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 15.373 (im Vorjahr TEUR 105.149) enthalten. Im Vorjahr waren insbesondere Rückstellungen für den Bau der OAL ausgewiesen. Des Weiteren sind Rückstellungen aus Personalverpflichtungen in Höhe von TEUR 8.862 (im Vorjahr TEUR 9.136) und übrige Rückstellungen in Höhe von TEUR 5.462 (im Vorjahr TEUR 20.424) enthalten. Der Rückgang der übrigen Rückstellungen resultiert aus niedrigeren Rückstellungen für Emissionszertifikate.

Der Rückgang der erhaltenen Anzahlungen auf TEUR 234 (im Vorjahr TEUR 8.591) resultiert aus Endabrechnungen von Errichtungsverträgen mit Dritten für Netzanschlüsse.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 1.257.525 (im Vorjahr TEUR 1.196.564) stammen im Wesentlichen aus den fünf bei der WIGA in Anspruch genommenen Darlehensverträgen, die zum Stichtag des Berichtsjahres mit TEUR 1.223.998 valutieren (im Vorjahr TEUR 1.163.998) sowie aus Verbindlichkeiten gegenüber WGTH aus der Gewinnabführung (nach Verrechnung mit entsprechenden Vorauszahlungen verbleibenden) in Höhe von TEUR 11.174 (im Vorjahr TEUR 32.553) und einer Tagesgeldaufnahme bei der WIGA in Höhe von TEUR 19.667 (im Vorjahr TEUR 0).

Finanzlage

Mit dem vollständigen Anteilserwerb der SEFE an WIGA hat diese die bestehende Finanzierung der WIGA mit einem Bankenkonsortium im Januar 2025 abgelöst und die externe Finanzierungsfunktion für das in der SEFE-Gruppe gebündelte Gastransportgeschäft übernommen. Die mit der WIGA seit April 2020 bestehenden und im Mai 2025 fälligen Kreditverträge wurden somit frühzeitig im Januar 2025 refinanziert und das bisherige revolvingierende Kreditvolumen von insgesamt TEUR 953.998 wurde auf TEUR 1.335.000 mit einer Laufzeit bis 30. Mai 2030 ausgeweitet. Des Weiteren besteht seit 2020 mit der WIGA ein revolvingierender Kreditvertrag mit einem Volumen von TEUR 400.000 mit einer Laufzeit bis zum 30. Mai 2030.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft über den Cash-Management-Vertrag vom 16. Juni 2023 mit der WIGA mittelbar in den Cash Pool der SEFE-Gruppe eingebunden. Gemäß diesem Vertrag kann die GASCADE ein Darlehen bis zum Höchstbetrag von TEUR 30.000 bei der WIGA aufnehmen, welches zum 31. Dezember 2024 in Höhe von TEUR 19.667 (im Vorjahr TEUR 0) in Anspruch genommen wurde. Damit ist die kurz- und mittelfristige Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der GASCADE stellt sich vor dem Hintergrund der Mitteilung über die Bestimmung des Ausgangsniveaus der Erlösobergrenze der vierten Regulierungsperiode (2023 – 2027) als stabil dar. Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen aus

den Netzentwicklungsplänen bis 2029 in Höhe von voraussichtlich TEUR 242.500 ist durch die bestehenden Kreditverträge gesichert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Arbeitnehmerbelange

Zum 31. Dezember 2024 waren bei GASCADE 520 Mitarbeitende (inkl. acht Auszubildenden) in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis beschäftigt (im Vorjahr 481 Mitarbeitende inkl. fünf Auszubildenden). Der Personalbestand hat sich im Vergleich zum vorhergehenden Geschäftsjahr um 8,11 % erhöht. Die Mitarbeitenden der GASCADE hatten zum 31. Dezember 2024 ein Durchschnittsalter von rund 44 Jahren. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Mitarbeitenden lag, unter Berücksichtigung ihrer Dienstzeit bei Konzerngesellschaften vor Gründung der GASCADE, zum Stichtag bei circa 11,8 Jahren. Die Krankenquote betrug im Geschäftsjahr 4,35 %.

Gesundheit, Arbeitssicherheit und Umweltschutz

Risiken für Mensch und Natur systematisch zu reduzieren ist das Ziel des HSE-Managementsystems (Health = Gesundheit, Safety = Sicherheit, Environment Protection = Umweltschutz); dazu hat sich die Geschäftsführung verpflichtet. Es gibt nichts, das so wichtig wäre, dass die Grundsätze der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes außer Acht gelassen werden dürfen. Die HSE-Grundsätze der GASCADE gelten für eigene Mitarbeiter/-innen ebenso wie für Fremdfirmen, die mit der GASCADE in Geschäftsbeziehungen stehen. Neben der Beachtung der geltenden Gesetze verpflichtet sich die GASCADE, international anerkannte Arbeitsweisen zu respektieren und anzuwenden. Darüber hinaus hält die GASCADE zusätzlich sehr hohe eigene Standards ein, die in Verfahrensanweisungen und Leitfäden konkretisiert sind.

Diskriminierungsfreie Vermarktung

Die GASCADE stellt die diskriminierungsfreie Ausgestaltung und Abwicklung des Transportnetzbetriebes sicher. Die Vermarktung der Kapazitäten erfolgt seit dem 1. April 2013 über die europäische Kapazitätsvermarktungsplattform „PRISMA“. Gemäß einer Entscheidung der Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER) erfolgt für den Grenzübergangspunkt Mallnow die Vermarktung der Kapazitäten seit der Jahresauktion 2020 ausschließlich über die ungarische Regional Booking Platform (RBP).

Erklärung zur Unternehmensführung

Die Geschäftsführung der GASCADE Gastransport GmbH hat nach dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst eine Zielquote von Frauen für die gem. § 36 S. 1 GmbHG relevanten Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung von jeweils 20,0 % mit einer Umsetzungsfrist bis zum 30. September 2029 beschlossen.

Da die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der GASCADE Gastransport GmbH gem. § 77a Abs. 3 S. 1 GmbHG i.V.m. § 96 Abs. 2 AktG vorgegeben ist, besteht keine Pflicht zur Zielgrößensetzung für den Aufsichtsrat. Das geschlechtsspezifische Mindestanteilsgebot ist mit einem Frauenanteil von 33,3 % im Aufsichtsrat erfüllt.

Die Zielgröße des angestrebten Frauenanteils für die Geschäftsführung der GASCADE Gastransport GmbH ist derzeit auf Null festgelegt. Zur Begründung wird folgendes angeführt:

Aktuell besteht die Geschäftsführung aus zwei männlichen Geschäftsführern. Herr von dem Bussche wurde bereits 2009 Geschäftsführer der GASCADE Gastransport GmbH. Herr Bent-erbusch gehört seit 2023 der Geschäftsführung an, da er vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) für die Position vorgeschlagen wurde. Aufgrund der kleinen Größe der Geschäftsführung und dem Fakt, dass sich bislang keine Änderungen seit 2023 ergeben haben und diese auch nicht absehbar waren, ist bislang keine Festlegung eines Frauenanteils für die Geschäftsführung erfolgt. Auch das Beteiligungsgebot nach § 77a Abs. 2 S. 1 GmbHG gilt erst ab einer Anzahl von mehr als zwei Geschäftsführern.

Chancen- und Risikobericht

Die GASCADE hat ein eigenes Risikomanagement-System implementiert, das sich am international anerkannten COSO-Rahmenkonzept orientiert. Ziel ist die Identifikation, Überwachung und Beherrschung von funktionsübergreifenden, leistungswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Risiken. Hierzu ist ein umfangreiches Steuerungs-, Berichts-, Genehmigungs- und Kontrollsystem vorhanden. Die Bemessung der Risiken erfolgt auch weiterhin durch die Einschätzung der Auswirkungen auf das EBIT eines Geschäftsjahres, gewichtet mit den Eintrittswahrscheinlichkeiten.

Ein wichtiger Bestandteil des GASCADE-Managementsystems ist auch das nach DIN EN ISO 9001:2015 zertifizierte Qualitätsmanagement mit der Beschreibung und Festlegung der Prozessabläufe, der internen Verantwortlichkeiten sowie der organisatorischen Schnittstellen. Das Qualitätsmanagement-System und die darin festgelegten Maßnahmen werden regelmäßig überprüft. Zur Überprüfung und Verbesserung werden unter anderem interne und externe Audits durchgeführt, so auch im Berichtsjahr. Daneben ist bei GASCADE ein geprüftes technisches Sicherheitsmanagement gemäß DVGW Arbeitsblatt G 1000 zur Vermeidung von Schadensereignissen implementiert.

Im Rahmen der Bewertungen wurden dabei nachfolgende wesentliche Punkte identifiziert.

Im Bereich Netzbetrieb und Netzausbau besteht weiterhin das Risiko bzw. die Chance weiterer Eingriffe in die regulatorischen und damit auch in die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Hierdurch könnte die Attraktivität der Errichtung und des Betriebs von Ferngasleitungen nachhaltig beeinflusst werden, sowohl negativ als auch positiv. Insbesondere die alle fünf Jahre erfolgende Festlegung zur Eigenkapitalverzinsung sowie die Kostengenehmigung und der Effizienzvergleich durch die BNetzA haben einen großen Einfluss auf die Höhe der zukünftigen Erlöse aus der Kapazitätsvermarktung. Dies stellt das wesentlichste Risiko für die Gesellschaft dar. Zur Erreichung einer bestmöglichen Kostenanerkennung erfolgt eine intensive Vorbereitung auf den Kostenantrag und ein kontinuierlicher Austausch mit der BNetzA. Die Bundesnetzagentur hat am 25. September 2024 die Festlegung zur Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen (KANU 2.0) beschlossen. Diese Festlegung richtet sich an alle Betreiber von Gasverteilernetzen und Fernleitungsnetzen und ermöglicht eine flexiblere Abschreibung von Anlagen, um die Dekarbonisierungsziele bis 2045 zu unterstützen. Die Festlegung erlaubt verkürzte Nutzungsdauern und ergänzend zur linearen Abschreibungsmethode die Einführung einer degressiven Abschreibungsmethode mit einem Abschreibungssatz von 8 bis 12 Prozent. Ziel ist es, eine vollständige Amortisierung der Investitionen in die Gasnetze zu ermöglichen und gleichzeitig Entgeltsprünge zu vermeiden. Eine Anwendung dieser Möglichkeiten ist für Fernleitungsnetzbetreiber erstmals bei der Ermittlung der Erlösobergrenze im Rahmen der Tarifbildung für 2026 möglich und würde zu einer Steigerung der Erlösobergrenze führen.

Um die Risiken in Zusammenhang mit dem Markthochlauf der Wasserstoff-Wirtschaft abzumildern, wurde zwischen allen Wasserstoff-Kernnetzbetreibern ein Ausgleichsmechanismus vereinbart. Dieser sieht vor, dass die Einnahmen aus Wasserstoff-Transporten jährlich an alle Netzbetreiber entsprechend ihrem Anteil an der Erlösobergrenze der Wasserstoff-Kernnetzkosten verteilt werden. Reichen die Einnahmen aus den regulierten Netzentgelten als Finanzierungsmechanismus für das Wasserstoff-Kernnetz nicht aus, werden sie von einer zentralen Abrechnungsstelle über ein Amortisationskonto ausgeglichen, das durch ein Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) finanziert wird. Dies ist Bestandteil der "Festlegung von Bestimmungen zur Bildung der für den Zugang zum Wasserstoff-Kernnetz zu erhebenden Netzentgelte und zur Einrichtung eines für eine gewisse Dauer wirksamen Amortisationsmechanismus" (kurz WANDA), die auch Regelungen für den Fall des Scheiterns des Markthochlaufs und daraus resultierende Pflichten des Staates für ein solches Szenario vorsieht, wodurch die Risiken für die Wasserstoff-Kernnetzbetreiber minimiert werden. Die hieraus resultierenden Risiken für GASCADE werden daher aktuell als gering eingeschätzt.

Risiken bestehen auch im Zusammenhang mit der Wahrung eines sicheren Netzbetriebs, welche durch ein umfangreiches Überwachungs- und Instandhaltungsprogramm risikoreduzierend auf ein akzeptiertes Risikoniveau gesteuert werden. Gemäß § 11 Abs. 1a EnWG wird insbesondere auch ein angemessener Schutz gegen Bedrohungen für Telekommunikations- und elektronische Datenverarbeitungssysteme gefordert. Dafür wurde im GASCADE-Management-

system ein dokumentiertes Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) gemäß IT-Sicherheitskatalog (ISO 27001 / ISO 27019) der Bundesnetzagentur fristgerecht implementiert und von der Zertifizierungsstelle des TÜV Hessen zertifiziert, welches die Herstellung und den Erhalt des erforderlichen Sicherheitsniveaus aller Informationen im Verantwortungsbereich von GASCADE sicherstellt. Die hieraus resultierenden Risiken für GASCADE werden daher aktuell als gering eingeschätzt.

Da die Netznutzungsverträge ausschließlich auf Euro-Basis abgewickelt werden, sieht sich GASCADE hinsichtlich der Absatzgeschäfte keinen Währungsrisiken ausgesetzt. Zusätzlich wird die Bonität der Kunden vor Vertragsabschluss geprüft sowie das Zahlungsverhalten der Kunden laufend überwacht. Anhaltspunkte für eine grundsätzliche Änderung der Bonitätsstruktur der Transportkunden sind nicht festgestellt. Deshalb und aufgrund der Vorauszahlungen bei den Kapazitätsverträgen bestehen Ausfallrisiken für den Forderungsbestand nur in geringem Umfang.

Gegen die Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die vierte Regulierungsperiode durch die BNetzA am 12. Oktober 2021 hat GASCADE fristgerecht Beschwerde eingelegt. Im Erfolgsfall bietet sich für GASCADE die Chance, dass die BNetzA das Ausgangsniveau der Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode anhebt, wodurch höhere Umsätze aus Kapazitätsentgelten realisiert werden könnten. Ein Risiko ergibt sich für GASCADE nicht.

GASCADE hat in 2021 ferner einen Entgeltantrag basierend auf § 6 ARegV bei der BNetzA gestellt. Die regulatorisch anerkannten Kosten bilden zusammen mit dem regulatorischen Effizienzwert die Basis für die Erlösobergrenzen der vierten Regulierungsperiode. Im Ergebnis rechnen wir aufgrund der Zielsetzung und unter Berücksichtigung der Wirkungsmechanismen der Anreizregulierung sowie der niedrigeren regulatorischen Eigenkapitalzinssätze mit einem weiteren Druck auf die Ertragslage. In 2022 erfolgte die Mitteilung über die Bestimmung des Ausgangsniveaus der Erlösobergrenze der vierten Regulierungsperiode (2023 – 2027) durch die BNetzA. Die Bescheidung der Erlösobergrenze für die vierte Regulierungsperiode inklusive des Effizienzwertes durch die BNetzA ist noch nicht erfolgt. Auswirkungen auf die Erlössituation werden durch den Bescheid nicht erwartet, so dass GASCADE das Risiko als gering einschätzt.

Am 19. November 2024 hat die BNetzA die Plankosten des Wasserstoffnetzbetriebs für 2025 genehmigt. Gegen den Bescheid hat GASCADE fristgerecht im Dezember insbesondere wegen der Nichtanerkennung der Plankosten für die Zuführungen zu den Rückstellungen für Rückbau Beschwerde eingelegt, um eine höhere Plankostengenehmigung zu erreichen. Ein Risiko ergibt sich für die GASCADE nicht.

Weitere wesentliche Risiken wurden gegenwärtig nicht identifiziert. Die zuvor beschriebenen Risiken haben keine bestandsgefährdenden Auswirkungen.

Prognosebericht

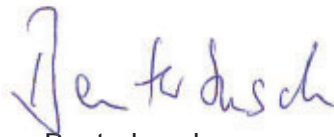
Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die Gesellschaft, den sicheren und bedarfsgerechten Netzbetrieb und -ausbau im Einklang mit den geltenden regulatorischen Rahmenbedingungen fortsetzen zu können. In 2025 wird das positive EBIT nach Anpassung der Erlösbergrenze nach § 4 ARegV und der daraus resultierenden Tarifierpassung zum 1. Januar 2025, den erstmaligen Erlösen aus den Wasserstoffaktivitäten sowie der prognostizierten Kostenentwicklung voraussichtlich bedingt durch steigende Wartungs- und Instandhaltungskosten leicht unter dem Niveau des Jahres 2024 liegen.

Kassel, den 24. Februar 2025

GASCADE Gastransport GmbH



von dem Bussche-Hünnefeld



Benterbusch

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Bilanzen zum 31. Dezember 2024

A K T I V A	Anhang	Gasfernleitung		Wasserstoffleitung		Konsolidierung		GASCADE gesamt	
		Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR	31.12.2024 TEUR	31.12.2023 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR
A. Anlagevermögen	(C1.)								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände;		22.782	27.185	2	11	0	0	22.784	27.196
II. Sachanlagen		2.183.614	2.155.317	20.834	134	0	0	2.204.448	2.155.451
III. Finanzanlagen		28	28	794	75	0	0	822	103
		2.206.424	2.182.530	21.630	220	0	0	2.228.054	2.182.750
B. Umlaufvermögen									
I. Vorräte	(C2.)								
1. Hilfs- und Betriebsstoffe		39.888	57.785	0	0	0	0	39.888	57.785
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(C3.)								
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		26.492	5.561	837	0	0	0	27.329	5.561
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		378	42.922	1.860	1.297	- 1.860	- 1.111	378	43.108
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		7.260	7.315	0	0	0	0	7.260	7.315
4. Sonstige Vermögensgegenstände		48.022	214.626	2.328	0	0	- 1.456	50.350	213.170
		62.152	270.424	5.025	1.297	- 1.860	- 2.567	85.317	269.154
III. Guthaben bei Kreditinstituten	(C4.)	13.548	12.914	0	0	0	0	13.548	12.914
		135.588	341.123	5.025	1.297	- 1.860	- 2.567	138.753	339.853
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.888	1.869	0	25	0	0	2.888	1.894
D. Aktive latente Steuern		32.470	31.439	- 2	- 2	0	0	32.468	31.437
		2.377.370	2.556.961	26.653	1.540	- 1.860	- 2.567	2.402.163	2.555.934

P A S S I V A	An- hang	Gasfernleitung		Wasserstoffleitung		Konsolidierung		GASCADE gesamt	
		Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR	31.12.2024 TEUR	31.12.2023 TEUR	Stand 31.12.2024 TEUR	Stand 31.12.2023 TEUR
A. Zugeordnetes Eigenkapital	(C5.)								
I. Gezeichnetes Kapital		75	75	0	0	0	0	75	75
II. Kapitalrücklage	(C6.)	637.683	637.683	0	0	0	0	637.683	637.683
III. Bilanzgewinn/verlust		- 259	0	259	0	0	0	0	0
IV. Ausgleichsposten	(C7.)	- 26.235	0	26.235	0	0	0	0	0
		611.264	637.758	26.494	0	0	0	637.758	637.758
C. Rückstellungen									
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		28.200	30.988	0	0	0	0	28.200	30.988
2. Steuerrückstellungen		325	667	0	0	0	0	325	667
3. Sonstige Rückstellungen	(C8.)	460.395	651.707	126	77	0	0	460.521	651.784
		488.920	683.362	126	77	0	0	489.046	683.439
D. Verbindlichkeiten	(C9.)								
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		234	8.591	0	0	0	0	234	8.591
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.661	9.384	0	7	0	0	2.661	9.391
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1.259.385	1.197.675	0	0	- 1.860	- 1.111	1.257.525	1.196.564
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0	0	0	0	0	0	0	0
5. Sonstige Verbindlichkeiten		14.715	20.135	0	1.456	0	- 1.456	14.715	20.135
		1.276.995	1.235.785	0	1.463	- 1.860	- 2.567	1.275.135	1.234.681
E. Rechnungsabgrenzungsposten		191	56	33	0	0	0	224	56
F. Passive latente Steuern		0	0	0	0	0	0	0	0
		2.377.370	2.556.961	26.653	1.540	- 1.860	- 2.567	2.402.163	2.555.934

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Gewinn- und Verlustrechnungen
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	An- hang	Gasfernleitung		Wasserstoffleitung		GASCADE gesamt	
		1.1.-31.12.2024 TEUR	1.1.-31.12.2023 TEUR	1.1.-31.12.2024 TEUR	1.1.-31.12.2023 TEUR	1.1.-31.12.2024 TEUR	1.1.-31.12.2023 TEUR
1. Umsatzerlöse	(1.)	714.777	578.508	3.618	47	718.395	578.555
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	(2.)	18.087	15.140	- 318	- 1.077	17.769	14.063
3. Sonstige betriebliche Erträge	(3.)	59.337	12.918	3	0	59.340	12.918
4. Materialaufwand	(4.)	305.680	239.852	2.846	136	308.526	239.988
5. Personalaufwand	(5.)	67.908	62.979	1.524	0	69.432	62.979
6. Abschreibungen	(6.)	143.353	123.344	2	5	143.355	123.349
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7.)	49.675	44.337	650	135	50.325	44.472
8. Ergebnis der Betriebstätigkeit		225.585	136.054	- 1.719	- 1.306	223.866	134.748
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(8.)	2.694	6.298	0	0	2.694	6.298
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(9.)	26.719	26.195	20	1	26.739	26.196
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(10.)	28.905	7.480	- 258	- 183	28.647	7.297
12. Ergebnis nach Steuern		172.655	108.677	- 1.481	- 1.124	171.174	107.553
13. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		172.914	108.677	- 1.740	- 1.124	171.174	107.553
14. Jahresüberschuss		- 259	0	259	0	0	0

Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen der GASCADE Gastransport GmbH gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für das Geschäftsjahr 2024

Zuordnungsregeln von Bilanz- und GuV-Posten zu den Tätigkeitsabschlüssen

Das Unternehmen ist in nachstehenden Tätigkeitsbereichen im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG tätig:

- Gasfernleitung (inklusive Beimischung von Wasserstoff)
- Wasserstoffleitung (Tätigkeit außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors)

Der Tätigkeitsschwerpunkt der GASCADE Gastransport GmbH, Kassel (GASCADE), besteht im Wesentlichen in der Beförderung von Gas aller Art, insbesondere in dem Betrieb von Gasfernleitungsnetzen sowie der Errichtung und dem Betrieb aller hierfür erforderlichen Anlagen.

Das Projekt AquaDuctus hat am 15. Februar 2024 von der Europäischen Kommission die beihilferechtliche Genehmigung im Rahmen des „Important Projects of Common Interest“ (IPCEI)-Wasserstoffs für den ersten Abschnitt erhalten. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat für AquaDuctus am 15. Juli 2024 zunächst den vorzeitigen Maßnahmenbeginn im Rahmen der sogenannten Hy2Infra-Welle übergeben, dem im Dezember 2024 der Förderbescheid folgte. Bereits seit November 2023 besitzt AquaDuctus zudem den Status eines „Projects of Common Interest“ (PCI).

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

Zurechnung der Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufteilung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen erfolgt anhand der Anlagenbuchhaltung. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind überwiegend dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zuzuordnen. Im Tätigkeitsbereich „Wasserstoffleitung“ werden unter dem Posten Immaterielle Vermögensgegenstände Softwareaufwendungen für Internetauftritte und unter dem Posten Anlagen im Bau (Sachanlagevermögen) Aufwendungen für die Umstellung der Erdgasleitungen auf Wasserstoff im Rahmen des Kernnetzes ausgewiesen. Das gesamte Sachanlagevermögen ist im Wesentlichen dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet.

Die Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens sind überwiegend dem Tätigkeitsbereich „Wasserstoffleitung“ zugeordnet. Hier wurde die Beteiligung an der AquaDuctus Pipeline GmbH (AQD) aktiviert.

Hinsichtlich der Entwicklung der Anlagevermögen der Tätigkeitsbereiche zum 31. Dezember 2024 wird auf die beigefügte Anlage verwiesen.

Umlaufvermögen

Die Vorräte (Ersatzteile für Verdichterstationen, Arbeitsgas in dem von der GASCADE betriebenen Gasfernleitungsnetz und Gasspeicherbestand) sind vollständig dem Gasfernleitungsbereich zugeordnet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind überwiegend dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet. Im Tätigkeitsbereich „Wasserstoffleitung“ betreffen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen die Weiterbelastung an die Projektpartner.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus den sonstigen finanzbedingten Forderungen gegen die W & G Transport Holding GmbH, Kassel (WGTH), welche überwiegend dem Tätigkeitsbereich „Wasserstoffleitung“ zugeordnet sind.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen vollständig den Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind überwiegend dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet.

Rechnungsabgrenzungsposten und latente Steuern

Die Rechnungsabgrenzungsposten und die latenten Steuern betreffen im Wesentlichen den Gasfernleitungsbereich.

Zugeordnetes Eigenkapital

Das Eigenkapital ist im Wesentlichen dem Gasfernleitungsbereich zuzuordnen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind vollständig dem Gasfernleitungsbereich zugeordnet, da die GASCADE-Mitarbeiter im Wesentlichen für diesen Bereich tätig sind.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen (im Wesentlichen für Pipeline-Rückbau, ausstehende Gutschriften, Personalverpflichtungen, ausstehende Rechnungen) betreffen im Wesentlichen den Gasfernleitungsbereich.

Verbindlichkeiten

Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Verbindlichkeiten sind vollständig dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet.

Zurechnung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse sind nahezu ausschließlich Erlöse aus dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“. Für den Tätigkeitsbereich „Wasserstoffleitung“ werden TEUR 3.618 (im Vorjahr TEUR 47) Umsatzerlöse ausgewiesen.

Andere aktivierte Eigenleistungen

Die anderen aktivierten Eigenleistungen sind im Wesentlichen dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen im Wesentlichen auf den Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“.

Materialaufwand

Der Materialaufwand betrifft im Wesentlichen den Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“. Die Aufwendungen für den Tätigkeitsbereich „Wasserstoffleitung“ betreffen überwiegend Materialkosten sowie Aufwendungen für bezogenen Fremdleistungen.

Personalaufwand

Die Personalaufwendungen betreffen überwiegend den Gasfernleitungsbereich.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind überwiegend dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge entfallen ausschließlich den Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind überwiegend dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet.

Steuern vom Ertrag

Die Steuern vom Ertrag werden gemäß den anteiligen Jahresergebnissen der Tätigkeitsbereiche aufgeteilt.

Zusätzliche Angaben nach EnWG

Angaben nach § 268 HGB

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben mit TEUR 857.525 eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr und mit TEUR 400.000 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Sie betreffen die Darlehensgewährungen durch WIGA und sind vollständig dem Tätigkeitsbereich „Gasfernleitung“ zugeordnet. Die mit der WIGA seit April 2020 bestehenden und im Mai 2025 fälligen Kreditverträge wurden frühzeitig im Januar 2025 refinanziert und ausgeweitet; das revolvingende Kreditvolumen von insgesamt TEUR 1.735.000 hat eine Laufzeit bis 30. Mai 2030. Davon betreffen TEUR 1.350 Gasfernleitung und TEUR 385 Wasserstoffleitung.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr setzen sich wie folgt zusammen.

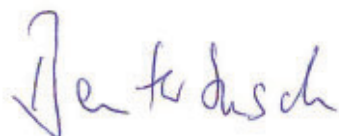
	Gasfernleitung TEUR	Wasserstoffleitung TEUR
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	234	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.661	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	857.525	0
Sonstige Verbindlichkeiten	14.715	0

Kassel, den 24. Februar 2025

GASCADE Gastransport GmbH



von dem Bussche-Hünnefeld



Benterbusch

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024 Gasfernleitung

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
	Stand am 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12.2024
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. entgeltlich erworbene Rechte	45.709	757	6.025	572	41.013
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.760	1.812	0	- 3.279	2.293
	49.469	2.569	6.025	- 2.707	43.306
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksähnliche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	171.595	488	125	341	172.299
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.227.344	27.905	4.722	411.996	5.662.523
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.782	2.892	2.645	842	30.871
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	506.575	135.550	0	- 410.472	231.653
	5.935.296	166.835	7.492	2.707	6.097.346
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0
2. Beteiligungen	27	0	0	0	27
3. Sonstige Ausleihungen	1	0	0	0	1
	28	0	0	0	28
Anlagevermögen insgesamt	5.984.793	169.404	13.517	0	6.140.680

Abschreibungen					Nettobuchwerte	
Stand am 1.1.2024	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2023
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
22.284	4.264	6.024	0	20.524	20.489	23.425
0	0	0	0	0	2.293	3.760
22.284	4.264	6.024	0	20.524	22.782	27.185
76.556	3.629	119	0	80.066	92.233	95.039
3.682.943	132.366	2.376	236	3.812.697	1.849.826	1.544.401
20.480	3.094	2.605	0	20.969	9.902	9.302
0	0	0	0	0	231.653	506.575
3.779.979	139.089	5.100	236	3.913.732	2.183.614	2.155.317
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	27	27
0	0	0	0	0	1	1
0	0	0	0	0	28	28
3.802.263	143.353	11.124	236	3.934.256	2.206.424	2.182.530

GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2024 Wasserstoffleitung

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
	Stand am 1.1.2024 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Umbuchungen TEUR	Stand am 31.12.2024 TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. entgeltlich erworbene Rechte	15	0	10	0	5
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	0	0	0	0
	15	0	10	0	5
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksähnliche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0	87	0	0	87
2. Technische Anlagen und Maschinen	0	0	0	0	0
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0	0	0
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	134	20.613	0	0	20.747
	134	20.700	0	0	20.834
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	75	1.500	781	0	794
2. Beteiligungen	0	0	0	0	0
3. Sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0
	75	1.500	781	0	794
Anlagevermögen insgesamt	224	22.200	791	0	21.633

Abschreibungen					Nettobuchwerte	
Stand am 1.1.2024 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Zuschreibungen TEUR	Stand am 31.12.2024 TEUR	Stand am 31.12.2024 TEUR	Stand am 31.12.2023 TEUR
4	- 2	3	0	3	2	11
0	0	0	0	0	0	0
4	- 2	3	0	3	2	11
0	0	0	0	0	87	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	20.747	134
0	0	0	0	0	20.834	134
0	0	0	0	0	794	75
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	794	75
4	- 2	3	0	3	21.630	220

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die GASCADE Gastransport GmbH, Kassel

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der GASCADE Gastransport GmbH, Kassel, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der GASCADE Gastransport GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die im Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Ab-

schlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die im Lagebericht enthalten ist.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu

ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf-

werfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Gasfernleitung und Wasserstoffleitung nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie den als Anlage ergänzenden Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW

Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den IDW Qualitätsmanagementstandard: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Frankfurt am Main, den 24. Februar 2025

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Hauptmann
Wirtschaftsprüfer

Galic
Wirtschaftsprüfer